

---

## Abschlussbericht der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) zur Aktion "Optimismus"

Der Volksentscheid am 6. April 1968 über eine "sozialistische" Verfassung sollte auch die führende Rolle der SED verankern. Die Kirchen sahen teilweise mit Besorgnis auf ihre Rolle im neuen Verfassungsentwurf, sodass die Stasi ein Hauptaugenmerk auf das Wahlverhalten kirchlicher Amtsträger legte.

Am 6. April 1968 fand der einzige Volksentscheid in der Geschichte der DDR statt. Zur Abstimmung stand der Entwurf einer neuen Verfassung. In ihr wurde der SED ausdrücklich die führende Rolle in der DDR, dem nunmehr "sozialistischen Staat deutscher Nation", zugesprochen.

Damit bei der Abstimmung im Sinne der SED alles glatt ging und alle Wahlberechtigten ihr Kreuzchen beim "Ja" setzten, inszenierte die Staatspartei vorab monatelang sogenannte Volksaussprachen. Diese in Arbeitskollektiven, an Hochschulen, Universitäten und bei den Streitkräften organisierten Versammlungen dienten der Kontrolle und Lenkung des Abstimmungsverhaltens. Trotzdem sagten in einigen Regionen 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler "Nein" zur Verfassung.

Eine zentrale Rolle im Umfeld des Volksentscheids kam der Staatssicherheit zu. Der Befehl 8/68 von Stasi-Minister Mielke an alle Dienstseinheiten war die Grundlage für die Maßnahme- und Einsatzpläne des MfS rund um den Volksentscheid. Aktion "Optimismus" war der geheimpolizeiliche Name für diese Operation. Sie begann am 28. März 1968, 17 Uhr, und endete am 7. April 1968, 17 Uhr.

Alle Dienstseinheiten waren verpflichtet, regelmäßig über die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu informieren, vor allem darüber, ob es ablehnende Haltungen oder gar offenen Protest gegen die neue Verfassung gab. Die Berichte wurden zusammengefasst und an die Zentrale Auswertungs- und Kontrollgruppe (ZAIG) des MfS gemeldet. Diese hatte die Aufgabe, die Partei- und Staatsführung täglich auf dem Laufenden zu halten. So sollte das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand überwacht und gesteuert werden.

Kirchen und religiöse Glaubensgemeinschaften standen unter besonderer Beobachtung. Zuständig dafür war die Hauptabteilung XX/4. Ein Auszug aus dem Abschlussbericht zur Aktion "Optimismus" vom 8. April 1968 analysiert das Wahlverhalten der evangelischen und katholischen Christinnen und Christen im Bezirk Frankfurt (Oder).

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 2786, BL 153-157

---

### Metadaten

Datum: 8.4.1968

Überlieferungsform: Dokument

## Abschlussbericht der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) zur Aktion "Optimismus"

BSTU  
0153

Berlin, den 31. März 1968

Anruf der BV Frankfurt/Oder, Gen. Heidel, um 17.00 Uhr

Der evangelische Pfarrer W e r t i n , Superintendent aus Neuzelle, führte im Verlaufe seines Gottesdienstes am 31. 3. 1968 aus, daß

- die für die neue Verfassung vorgeschlagenen Veränderungen keine Berücksichtigung gefunden hätten,
- eine gleiche Auffassung auch von den oberen Kirchenleuten vertreten wird,
- er es jedem ans Herz legt, sich gründlich zu überlegen, wie er sich entscheidet,
- jeder sich den § 39 als Prüfstein für seine Entscheidung nehmen soll.

Ein ausführlicher Bericht wird am Montag, dem 1. April 1968, übersandt.

## Abschlussbericht der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) zur Aktion "Optimismus"

*Kirche*  
*DK, 1.4.*

Die verstärkte Aktivität bestimmter Geistlicher und Anhänger der Kirche gegen den Verfassungsentwurf hält nach wie vor an. BSTU  
0154  
Diese Kräfte konzentrieren sich vor allem auf die volle bzw. teilweise Ablehnung des Artikels 39. Sie begründen ihre Ablehnung damit, weil die aus Kirchenkreisen eingereichten Änderungen zur Verfassung nicht berücksichtigt worden seien. Solche Aktivitäten werden insbesondere aus den Kreisen Zittau, Riesa, Meißen, Kamenz, Dresden, Eisenhüttenstadt, Rügen, und aus dem Bezirk Cottbus berichtet.

Darüber hinaus wurden am 30. und 31. März 1968 Gottesdienste und andere Veranstaltungen der evangelischen Kirche in den Bezirken Frankfurt / Oder, Rostock, Magdeburg und Cottbus von Geistlichen dazu ausgenutzt, um öffentlich ihre persönliche Ablehnung zum Volksentscheid auszudrücken. Religiös gebundene Bürger wurden in diesen kirchlichen Veranstaltungen öffentlich aufgefordert, nicht am Volksentscheid teilzunehmen.

So äußerte der Pastor Lietke während des Gottesdienstes in Binz / Rügen / Rostock unter Berufung auf den Brief der Bischöfe vom 15.02.1968 an den Vorsitzenden des Staatsrates, daß alle Artikel der Verfassung inhaltlich verschwommen sind und er dafür bete, damit die Verfassung nicht verabschiedet wird. Lietke forderte die Anwesenden auf, nicht am Volksentscheid teilzunehmen.

Der Pfarrer Bardin aus Wilhelm-Pieck-Stadt Guben / Cottbus forderte die etwa 100 anwesenden Gläubigen während des Gottesdienstes am 31. 03.1968 auf, sich zu überlegen, ob sie am Volksentscheid teilnehmen.

Aus Magdeburg wurde bekannt, daß bestimmte Kräfte kirchenleitender Kreise nicht am Volksentscheid teilnehmen wollen, da sie sich an den vorangegangenen Wahlen auch nicht beteiligt haben.

- 4 -

Signatur: BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 2786, BL 153-157

Blatt 154



**Abschlussbericht der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) zur Aktion "Optimismus"**

Eine spezifische Reaktion in allen Kreisen des Bezirkes war lediglich unter kirchlichen Amtsträgern und anderen aktiven Kirchenanhängern festzustellen. BSIU  
0155

Die Haltung dieses Personenkreises war sehr differenziert. Einige Pfarrer standen der neuen Verfassung und auch dem überarbeiteten Entwurf sofort ablehnend gegenüber und haben diese Haltung auch gemeinsam mit ihren engsten Anhängern am 6. 4. dokumentiert. Aus dem Verhalten kirchlicher Kreise im Bezirk wurde sichtbar, daß keine zentralen Weisungen über das Verhalten zum Volksentscheid vorhanden waren.

Mehrere Pfarrer begrüßten offen die im Entwurf vorgenommenen Veränderungen und sprachen sich für ihre eigene, als auch für die Teilnahme ihrer Kirchengemeinden am Volksentscheid aus.

*Abschlussbericht „Optimismus“  
8.4.68 81 Frankfurt/O.*

Signatur: BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 2786, BL 153-157

Blatt 155

## Abschlussbericht der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) zur Aktion "Optimismus"

BSTU  
0156

- 14 -

Vielen christlichen Bürgern, darunter vorwiegend katholische Christen genügten die Veränderungen nicht, sie sprachen sich zwar für ihre Teilnahme am Volksentscheid aus, brachten zum Teil aber schon vorher zum Ausdruck, daß sie mit "Nein" stimmen werden. Einzelne dieser Personen versuchten andere Bürger in ihrer Haltung zum Verfassungsentwurf und zum Volksentscheid negativ zu beeinflussen. Ihre Wirksamkeit war gering. Die konkrete Reaktion am 6. 4. war bei aktiven Christen im wesentlichen von der Haltung ihres Pfarrers abhängig.

Gegenüber den Volkswahlen zeigte sich, daß mehrere Pfarrer an der Abstimmung teilnahmen, die sonst als Nichtwähler auftraten.

Unter kirchlichen Kreisen wurden entsprechend der charakterisierten Haltung die meisten Kabinengänger festgestellt. Die Gesamtzahl der Kabinengänger war demgegenüber allerdings gering.

Auffällig ist, daß dort, wo eine größere Zahl von Kirchenanhängern die Kabinen aufsuchten, teilweise eine größere Anzahl "Nein"-Stimmen festgestellt wurden. Mehrere Personen stimmten offen mit "Nein".

Einen besonders hohen Anteil an Kabinengängern unter aktiven Kirchenkreisen gab es in

- Lieberose, Krs. Beeskow ca. 40 Personen
- Neuzelle, Kreis Eisenhüttenstadt
- Woltersdorf, Krs. Fürstenwalde 18 Personen  
des evangelischen Krankenhauses in einem Abstimmungs-  
lokal
- Petershagen, Krs. Strausberg
- Falkenberg, Krs. Freienwalde
- Zepernick, Kreis Bernau

Die Beteiligung der Pfarrer gegenüber den Volkswahlen zeigt folgende Entwicklung:

	gewählt Wahlen 1967	teilgenommen Volksentscheid (vorläufiges Ergebnis)
evangelische	42,7%	62,2%
katholische	47,7%	32,5%



## Abschlussbericht der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) zur Aktion "Optimismus"

BSTU  
0157

- 15 -

Die Entwicklung der Teilnahme bei katholischen Pfarrern zeigt einen deutlichen Rückgang.

Übersicht über die kreismäßige Verteilung der Beteiligung der Pfarrer am Volksentscheid. (Vorläufiges Ergebnis)

Kreis	ev. Pfarrer			kath. Pfarrer		
	Anzahl	gewählt	offen	Anzahl	gewählt	offen
Angermünde	24	22	11	1		
Bernau	24	18	7	7	4	
Beeskow	22	8	1	3	1	
Eberswalde	25	15	6	3		
Eisenhüttenst.	13	8		4		
Frankfurt (O)	10	9	5	5	4	1
Mirstenwalde	25	16	8	9	1	1
Freienwalde	20	12	2	2	1	
Seelow	25	15	10	1		
Strausberg	23	11	2	8	2	
Schwedt	3	1		2	1	
Bezirk	214	134	52	43	14	2